

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 09.04.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU, Ausschussvorsitzender	
Herr Jürgen Busse	CDU	Vertreter für Herr Martin Bauersfeld
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Vertreterin für Frau Dr. Annegret Bergner
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Anwesend ab 17:25 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Anwesend bis 19:10 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herr Christian Feigl
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	Vertreter für Herr Tobias Kogge
Frau Katharina Brederlow	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Karl Kuhn	SKE	
Herr Steve Mämecke	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Herr André Scherer	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	Vertreter: Herr Jürgen Busse
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Vertreterin Frau Ulrike Wünscher
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreterin: Frau Elisabeth Krausbeck
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	Vertretung durch Herr Wolfram Neumann
Herr Torsten Bau	SKE	
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, begrüßte **Herrn Steve Mämecke, SKE**, als neues Mitglied im Bildungsausschuss.

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat bei der Behandlung der vorliegenden Tagesordnung den TOP 7.1 an den Beginn zu setzen, damit die Gäste weitere Termine wahrnehmen können.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erklärte, dass der vorliegende Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum TOP 5.1 zur strategischen Sozialplanung als erledigt erklärt werden kann, da dessen Anliegen in den geänderten Antrag zu TOP 5.1 übernommen wurde.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat unter TOP 7.4 die vorliegende Information zum Schülerticket in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Senger, SKE, fragte nach seinem Anliegen aus dem letzten Bildungsausschuss, sich nochmals zum OVG-Beschluss zur Aufnahme an einer Gesamtschule zu verständigen und dabei einen Vertreter des Rechtsamtes als Verfasser der Stellungnahme zur Diskussion zur Verfügung zu haben.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, antwortete, dass gemäß der Absprache im letzten Bildungsausschuss eine Stellungnahme des Kultusministeriums zur Thematik angefragt wurde, die noch nicht vorliege. Es sei beabsichtigt, diesen Tagesordnungspunkt im Bildungsausschuss Mai zu behandeln.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.03.2013
4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Grundsatz- und Baubeschluss Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten",
Feuerwehrezufahrt und Sanierung des Schulhofes
Vorlage: V/2013/11433
- 4.2. Ganztagschule Kastanienallee
Vorlage: V/2013/11443
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen
Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368
- 5.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht
Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Schulsozialarbeit über "Bildung und Teilhabe"
- 7.2. Information zur Gemeinschaftsschule Kastanienallee
- 7.3. Information zur Eröffnung der GS Glaucha
- 7.4. Info zum Schülerticket 2013/14
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05.03.2013

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Anmerkungen zur Niederschrift vom 05.03.2013.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, stellte er die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Grundsatz- und Baubeschluss Kooperative Gesamtschule "Ulrich von Hutten", Feuerwehrezufahrt und Sanierung des Schulhofes** **Vorlage: V/2013/11433**

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, gab eine kurze Einführung zur Vorlage und brachte einen Plan mit einer Darstellung der beabsichtigten Bauarbeiten auf dem Schulhof der KGS Hutten im Umlauf zur Kenntnis. Die Gestaltung des Schulhofes wurde mit der Schulleitung abgestimmt und es ist sowohl auf Wunsch der Schule ein größerer asphaltierter Bereich vorgesehen, als auch eine aufgelockerte Gestaltung mit neuen und alten Bäumen, Sträuchern und Sitzgruppen. Ebenso wird die Feuerwehrezufahrt neu gestaltet. Mit diesen Baumaßnahmen kann der aktuellen Gefährdungssituation auf dem Schulhofgelände wirksam begegnet werden und ein Zustand entsprechend der Forderungen des Unfallversicherers erreicht werden.

Herr Scherer, SKE, fragte, ob eine Entsiegelung von Fläche stattfindet.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebs Zentrales Gebäudemanagement, antwortete, dass ungefähr 40 % der Fläche entsiegelt werden.

Herr Marquardt, SKE, fragte nach der Quelle der für die Maßnahmen bereitgestellten Mittel, ob dieses einen Bauverzugs für die Grundschule Friesen und das Herdergymnasium bedeute.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob die Mittel, die in 2013 für die Grundschule Friesen und das Herdergymnasium eingestellt sind, dafür in 2014 bereitgestellt werden.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebs Zentrales Gebäudemanagement, erklärte, dass die Mittel für die Baumaßnahme Schulhof an der KGS Hutten ursprünglich für die Brandschutzertüchtigung der Grundschule Friesen und des Herdergymnasiums vorgesehen waren. Dies war möglich, weil in diesen Schulgebäuden im Rahmen der Brandschutzgrundsicherung und der Erneuerung der Elektrik mit zeit- und lärmintensiven Arbeiten eingegriffen werde und die Bauabläufe während des Schulbetriebes im Interesse der Schulsicherheit nicht umgesetzt werden können. Dies führte zur Notwendigkeit einer Auslagerung beider Schulen und in Abhängigkeit des zur Verfügung Stehens eines Ausweichobjektes zu einer Verschiebung des Baubeginns für die Grundschule Friesen und das Herdergymnasium auf den Februar 2014. Dies bedeute gleichfalls eine Veränderung im kassenwirksamen Abfluss der Mittel und machte es möglich im Jahr 2013 Mittel für den Hof der KGS Hutten bereitzustellen. Die Baumaßnahmen in der Friesenschule und dem Herdergymnasium werden im vollen Umfang wie im Baubeschluss geplant umgesetzt. Zusätzlich ist für das Herdergymnasium noch eine IT-Verkabelung vorgesehen.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, ergänzte, dass die Bereitstellung der Mittel im Rahmen der Brandschutzgrundsicherung ab dem Jahr 2014 mit

der Kämmerei abgestimmt sei. Die Veränderung des Bauablaufes sei im Interesse eines reibungslosen Schulablaufes sinnvoll und erforderlich und mit den Schulen abgestimmt.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, erklärte, dass die Summen nur zeitlich verschoben werden. Dies sei in den Haushaltsentwurf für 2014 aufzunehmen und bei Veränderungen im Mittelabfluss üblich.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat die Verwaltung ebenfalls um eine finanztechnische Erklärung dieser Veränderungen. Wenn die Mittel für die Grundschule Friesen und das Herdergymnasium in 2014 benötigt werden, welche der bisher in 2014 geplanten Maßnahmen müssen dann gestrichen bzw. verschoben werden?

Frau Brederlow, amt. Leiterin des Fachbereichs Bildung, erklärte, dass die Finanzierung der Maßnahme für den Schulhof der KGS Hutten möglich geworden sei, da diese Gelder für die beiden anderen Schulen 2013 nicht kassenwirksam werden.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, verwies auf Seite 4 der Beschlussvorlage. Dort werde auf mögliche Restarbeiten zu Beginn des Schuljahres hingewiesen. Wie lange sollen diese dauern?

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebs Zentrales Gebäudemanagement, erklärte, dass er die Dauer nicht genau definieren könne. Der größtmögliche Teil wird in den Sommerferien gemacht. Schulbetrieb ist dann ab Schuljahresbeginn ohne Probleme möglich. Er gehe von einer Beendigung der Arbeiten spätestens im Oktober 2013 aus.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, äußerte die Erwartung, dass die Verwaltung die Finanzierung für diese Maßnahme korrekt vorgenommen habe und dass, soweit wie möglich dem Prinzip der Kassenwirksamkeit entsprochen werde, um Kassenreste zu vermeiden.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob der ausgereichte Plan der Baumaßnahme elektronisch in Session zur Verfügung gestellt werden könne und ob, Ersatzpflanzungen für Bäume erfolgen bzw. ob Fällgenehmigungen schon vorliegen.

Hr. Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebs Zentrales Gebäudemanagement, erklärte, dass die Fällungen bereits vorgenommen wurden und dass neue Bäume gepflanzt werden.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, ergänzte, dass der Plan der Baumaßnahme in Session hinterlegt werde.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum, da es keine weiteren Wortmeldungen gab.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF beschließt die außerplanmäßige Beseitigung von Gefahrenquellen und Schaffung einer Feuerwehrezufahrt auf dem Schulhof der Kooperativen Gesamtschule „Ulrich von Hutten“.
2. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßige Ausgabe.

Die Deckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 180.000 € erfolgt mit je 90.000 € aus 7.400055.700.200 Minderausgabe Grundschule „Karl Friedrich Friesen“ und 7.400060.700.200 Minderausgabe Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium.

zu 4.2 **Ganztagsschule Kastanienallee Vorlage: V/2013/11443**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erläuterte, dass zu diesem Tagungsordnungspunkt ein Schulvertreter eingeladen war. Leiser sei niemand anwesend.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, erläuterte, dass der Bildungsausschuss und der Stadtrat erstmalig einen Beschluss zu einer Ganztagsschule vorgelegt erhalten. In der Vergangenheit genügte für die Genehmigung einer Ganztagsschule eine positive Erklärung der Verwaltung. Nach der entsprechenden Rechtsnorm sei jedoch ein Beschluss des Schulträgers im Rahmen seiner Zuständigkeit erforderlich.

Herr Senger, SKE, merkte an, dass bei der Übersicht in Anlage 2 bei den anderen Ganztagsschulen die Unterscheidung fehle, ob es sich um eine offene oder geschlossene Ganztagsschule handle. Dies sei wichtig, da je nach Angebotsprägung unterschiedliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden. In der Anlage seien Stellungnahmen des Schulleiternrates und des Schülerrates enthalten, die seiner Meinung nach fälschlicherweise auf dem Kopfbogen des Schulleiters geschrieben seien. Dies sei nicht zulässig.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, entgegnete, dass es für das Kultusministerium unerheblich sei auf welchem Kopfbogen der Beschluss der schulischen Gremien mitgeteilt werde. Dies handhaben Schulen unterschiedlich.

Herr Senger, SKE, merkte an, dass es für ihn irritierend sei, wenn im Konzept von der Entwicklung zu einem Schulcampus gesprochen werde. Die Gründung einer Gemeinschaftsschule sei kein Grund ein Gebäude zu sanieren.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, erklärte, dass der Schulträger bzw. die Stadt nicht für die Entscheidung über das Konzept zuständig sei, sondern das Landesschulamt.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, verwies darauf, dass bei dieser Beschlussvorlage genau zwischen der Entscheidung über den Antrag der Sekundarschule Kastanienallee auf Errichtung einer Ganztagschule und dem Ziel dieser Sekundarschule, sich in eine Gemeinschaftsschule zu entwickeln, unterschieden werden müsse. Dabei dürfe der Standort des Wolff-Gymnasiums nicht in Frage gestellt werden. Nach ihrer Wahrnehmung habe das Wolff-Gymnasium mit dem Gemeinschaftsschulkonzept ein Problem und fühle sich nicht eingebunden. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung müsse die Perspektive beider Schulen genau dargestellt werden. Der im Konzept enthaltene Begriff vom Schulcampus sei auch für sie nicht eindeutig und bedürfe einer Erklärung.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., unterstrich, dass die Entscheidung über die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, über die heute nicht zu entscheiden sei, vom vorliegenden Antrag auf Errichtung einer Ganztagschule zu trennen sei. Der Antrag zur Ganztagschule könne in der vorliegenden Form abgestimmt werden. Für die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule habe die Schule noch einige rechtliche und konzeptionelle Hürden zu nehmen. Insbesondere die Verordnung für die Ganztagschulen sei im Land Sachsen-Anhalt noch nicht in Kraft.

Herr Marquardt, SKE, befand das Konzept der Ganztagschule als sehr gut. Er fragte, ob die personelle Absicherung für das Ganztagschulkonzept geklärt sei.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, antwortete, dass diese Frage nicht beantwortet werden könne, da die pädagogische Absicherung dieses Konzeptes durch das Land erfolge.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, begrüßte den Beschluss und bat die Diskussion auf die Beschlussvorlage zur Ganztagschule zu beschränken.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, begrüßte ebenfalls, dass sich diese Schule als Ganztagschule profilieren wolle. Für sie bestehe dennoch ein Zusammenhang zum Thema Gemeinschaftsschule vor dem Hintergrund der Schullandschaft in Halle-Neustadt.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erklärte, dass die Abgabe des Konzeptes beim Kultusministerium die Voraussetzung für die Zuweisung von pädagogischem Personal durch das Land sei.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass die jährlichen Kosten momentan mit 450 € angegeben werden. Auf Seite 2 der Vorlage stehe, dass die Schüler einen personenbezogenen Zuschlag von 2€ erhalten. Woher kommt diese Zahl?

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, antwortete, dass eine Zahlung eines schülerbezogenen Zuschusses von 2 € eine seit längerem geübte Praxis bei allen Gesamtschulen sei. Angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten sei ein höherer Zuschuss nicht vorgesehen. Zu weiteren sächlichen Ausstattungen wurden bisher durch die Schulleitung keine Anträge gestellt. Falls dies erfolge, müsse darüber im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel entschieden werden. Bisherige Erfahrungen anderer Ganztagschulen belegen, dass dies nicht unbedingt einen höheren Aufwand nach sich ziehe.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, ergänzte, dass die 2 € pro Schüler der Betrag sei, der für jeden Schüler zusätzlich über das Schulbudget bereitgestellt werde. Ansonsten muss dies in den Folgejahren im Schulbudget geregelt werden.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, was man mit 450 € im Jahr anfangen könne.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erklärte, dass dieser Betrag bei einer Festlegung des Schulbudgets pro Schüler in der Vergangenheit so vom Stadtrat mitgetragen worden sei.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte, ob das Ganztagschulkonzept einen verringerten Hortbedarf nach dem KiföG für die Schüler der 5. und 6. Klasse nach sich ziehe.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, entgegnete, dass das Ganztagschulkonzept keine festgelegtes Betreuungsangebot wie in einem Hort biete, sondern nur zusätzliche Angebote z.B. für Arbeitsgemeinschaften, Freizeitgestaltungen und Lernunterstützung. Dieses Konzept ersetze kein Hortangebot. Schüler der 5. und 6. Klassen besuchen ohnehin eher keinen Hort mehr.

Herr Kneissl, SKE, ergänzte, dass erst eine gebundene Ganztagschule mit einem Hortangebot vergleichbar wäre. Hier gehe es um ein Ganztagsangebot an der Sekundarschule Kastanienallee.

Herr Senger, SKE, merkte an, dass die Formulierung in der Anlage (Beschluss der Gesamtkonferenz vom 15.10.2012) von einem Antrag auf Gründung einer Gemeinschaftsschule als Ganztagschule ausgehe. Dieses Schreiben sei seiner Meinung nach dem Beschluss fälschlicherweise beigelegt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass der Bildungsausschuss mit dieser Vorlage über den Antrag auf Errichtung einer Ganztagschule entscheide. Die Verwaltung wird gebeten, die Schule darauf hinzuweisen ggf. die o. g. Formulierung zu überprüfen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum, da es keine weiteren Wortmeldungen gab.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um Abstimmung:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt dem Antrag der Sekundarschule Kastanienallee zu und stellt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die räumliche, sachliche und personelle Ausstattung zur Umsetzung des Ganztagschulkonzeptes sicher.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat aufgrund der thematischen Nähe zur Mitteilung unter TOP 7.2 um Wortmeldungen zur Thematik Gemeinschaftsschule.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, ergänzte die vorliegende schriftliche Information um die Mitteilung, dass die Verordnung zur Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule jetzt vorliege. Die Verordnung sei Anfang April in Kraft getreten. Diese Verordnung regle das nun folgende Verfahren. Die Schulen können ihre Konzepte und Anträge beim Landesschulamt einreichen. Bei positiver Bewertung nehme das Landesschulamt Kontakt zum Schulträger auf, um dessen positives Votum einzuholen. Um in der Stadt Halle einen entsprechenden Stadtratsbeschluss herbeizuführen, hat die Verwaltung einen Beschlusssentwurf vorbereitet, der im Mai dem Bildungsausschuss voraussichtlich vorgelegt werde. Das Land strebe an,

dass die ersten Gemeinschaftsschulen bereits zum Schuljahr 2013/14 entstehen können, deshalb sei ein sehr kurzer Gremiendurchlauf vorgesehen.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, fragte, ob die Sekundarschule Kastanienallee einen Antrag auf Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule gestellt habe.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, dass die Gesamtkonferenz der Schule Beschlüsse zur Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule und zur Errichtung einer Ganztagschule gefasst hat.

Eine Beantragung der Schule auf Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule soll, nach dem die Umwandlungsverordnung in Kraft getreten ist, in den nächsten Wochen erfolgen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, verwies auf die fehlende rechtliche Grundlage einer Verordnung zur Gemeinschaftsschule. Hier gebe es lediglich einen Verordnungs-Entwurf. Eventuell wird die Umwandlung in diesem Jahr nicht zu schaffen sein.

Herr Marquardt, SKE, begrüßte das Ziel durch dieses Schulkonzept ein längeres gemeinsames Lernen zu erreichen. Als Elternvertreter des Wolff-Gymnasiums kritisierte er jedoch die unzureichende Kommunikation über die angestrebten Veränderungen. Die Schulen die betroffen sind, sollten besser einbezogen werden. In welcher Weise eine Kooperation mit dem Wolff-Gymnasium angestrebt werde, könne er dem Konzept nicht entnehmen. Er gehe davon aus, dass auch die Gesamtkonferenz des Wolff-Gymnasiums als möglicher Kooperationspartner in die Entscheidungsfindung einbezogen werden müsse.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass die Gemeinschaftsschule Kastanienallee keinen eigenen Gymnasialzweig eröffnen will, sondern eine Kooperation angedacht ist, daraus entstehe keine Konkurrenzsituation zwischen beiden Schulen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte, ob der Stadtrat überhaupt Einfluss auf die Entscheidung zur Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule habe. Für sie seien mögliche Folgen bezogen auf Rechtsansprüche von Eltern und eine Konkurrenzsituation gegenüber dem Wolff-Gymnasium ungeklärt.

Herr Senger, SKE, wies darauf hin, dass eine Zustimmung der Stadt als Schulträger erforderlich sei.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, äußerte seine Erwartung über die genaue Darstellung der Kooperation der betroffenen Schulen einschließlich der Grundschule. Über die Auswirkungen im Schulbezirk werde noch zu reden seien.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, verwies darauf, dass diese Diskussion erst sinnvoll sei, wenn eine entsprechende Beschlussvorlage vorliege. Heute gehe es lediglich um die Information der Verwaltung zum aktuellen Sachstand.

Herr Kneissl, SKE, bat bei Vorlage eines Beschlusses präzisere Angaben zur Kooperation der betroffenen Schulen vorzunehmen. Auch Internetauftritte sollten aktualisiert werden. Bei allem Bestreben um ein längeres gemeinsames Lernen sehe das Gemeinschaftsschulkonzept laut Schulgesetz derzeit keine zwingende Einbeziehung einer Grundschule vor. Das Konzept sollte sich auf die Tatbestände beziehen, die rechtlich gesichert sind.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, erklärte, diese Anregung aufzunehmen und die Vertreter der Sekundarschule Kastanienallee und des Wolff-Gymnasiums zu bitten bei der Beratung des Beschlusses im Bildungsausschuss anwesend zu sein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt dem Antrag der Sekundarschule Kastanienallee zu und stellt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die räumliche, sachliche und personelle Ausstattung zur Umsetzung des Ganztagschulkonzeptes sicher.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erläuterte für die Fraktion den vorliegenden Antrag. Damit werde angestrebt, dass eine fachübergreifende Sozialplanung strategisch aufgegriffen werde. Sie knüpfte an vorhandene Erfahrungen von Planungen in den Sozialräumen, diese sollen mit dem doppelten Haushalt verknüpft werden. Sie empfahl sich am Handbuch der Sozialplanung zu orientieren. Städte wie Dessau-Rosslau setzen dies bereits um. Sie freue sich, dass die Verwaltung signalisiert habe, diesen Ansatz aufgreifen zu wollen.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, findet den Antrag sehr wichtig, da so eine Konzeption mit strategischer Zielstellung erstellt wird. In Punkt 2 werde von der Einbeziehung von Vereinen ausgegangen – wie erfolgt dies?

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erläuterte, dass eine solche Einbeziehung bei der Planung in den Sozialräumen bereits erfolge. Dieses Beispiel aus der Jugendhilfeplanung solle und könne auf andere Bereiche der Sozialplanung ausgedehnt werden.

Herr Weiske, Sozialplaner, ergänzte, dass es bisher an einem Gesamtkonzept in der Sozialplanung fehle. Dabei werde mehr Konkretheit, Arbeit mit Kennziffern und die Evaluierung von Ergebnissen angestrebt. Eine Bürger- und Vereinsbeteiligung sei in verschiedenen Bereichen auf unterschiedliche Weisen möglich.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, nannte als Beispiel die Planungen am Steintor. Hier wurden Bürger und Vereine am Konzept beteiligt.

Frau Brederlow, amt. Leiterin des Fachbereichs Bildung, ergänzte, dass ein solches Konzept nicht bis zur Aufstellung des Haushaltes 2014 möglich sei. An bestehenden guten Ansätzen werde angeknüpft.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zum Antrag.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um ihre Entscheidung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine Konzeption zur strategischen Sozialplanung dem Stadtrat zur Beschlussfassung bis zur Aufstellung des doppelten Haushalts 2014 vorzulegen. Die Konzeption soll die ganzheitliche Betrachtung sozialstruktureller Belange umfassen und neben der Evaluation der Bestandsdaten einen Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen enthalten sowie die Zielperspektive darstellen.
2. Die Erstellung der Konzeption soll unter Mitwirkung aller Dezernate, Vertretern des Stadtrates, Vereine und Verbände sowie der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Halle (Saale) erfolgen.
3. Ziele und Handlungsempfehlungen werden regelmäßig fortgeschrieben.
4. **Die Ziele und Handlungsempfehlungen werden als Grundlage für eine bedarfsorientierte Vergabe von Fördermitteln für Träger und Projekte der sozialen Arbeit herangezogen.**

**zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete für die Fraktion den vorliegenden Antrag. Damit werde angestrebt, dass die im Kinderarmutsbericht vorgestellten Maßnahmen in verbindliche Beschlüsse aufgenommen werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., ergänzte, dass im Jugendhilfeausschuss auf die Verwaltung zugegangen wurde und einer Vorlage einer Zwischenevaluation nach 18 Monaten zugestimmt wurde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zum Antrag.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um ihre Entscheidung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum III. Quartal 2013 auf der Grundlage der Handlungsempfehlungen der 2. Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut einen vom Stadtrat zu beschließenden Maßnahmeplan gegen Kinderarmut vorzulegen.
2. Über die Umsetzung der Maßnahmen wird ~~jährlich~~ **1 ½ jährlich** im Jugendhilfeausschuss und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss in Form eines Berichtes durch die Verwaltung informiert. Die Stadtverwaltung analysiert darin weiterhin die Wirksamkeit der Handlungsempfehlungen und die Qualität der Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Akteuren.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Schulsozialarbeit über "Bildung und Teilhabe"

Die Vertreter der **Villa Jühling** und **Herr Gerstner** und **Herr Deckert vom Fachbereich Bildung** erläuterten im Rahmen einer Präsentation die bisherigen Ergebnisse des Projektes und verwiesen auf die Chancen und Probleme für die nächste Projektphase. Die Powerpoint-Präsentation der Villa Jühling liegt als Anlage dem Protokoll bei.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., begrüßte es, dass die Vernetzung der beiden Programme zur Schulsozialarbeit erfolgreich gelungen sei. Er fragte die Verwaltung, welche Vorstellungen bestehen das Finanzierungsproblem im Rahmen von Bildung und Teilhabe Ende 2013 zu lösen. Wie können die Betroffenen hierbei einbezogen werden?

Frau Simon, Führungsunterstützerin SGB II, erläuterte, dass die Stadt alle Möglichkeiten nutze, auf das Problem aufmerksam zu machen, um die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit darzustellen. Mit dem Bericht konnte gezeigt werden, was in Halle seit April 2012 erreicht wurde. Aufgrund der Abrechnungsmodalitäten im Rahmen von Bildung und Teilhabe sehe sie die Möglichkeit, dass die verbliebenen Restmittel in Halle 2014 für die Schulsozialarbeit

weiter eingesetzt werden können. Die Abstimmung zwischen den Fachbereich Soziales und Bildung sei jedoch noch nicht abgeschlossen.

Herr Scherer, SKE, fragte nach der Zusammenarbeit der Schulsozialarbeiter an Grundschulen und den Horten.

Herr Gerstner, Fachbereich Bildung, Koordinator Schulsozialarbeit, antwortete, dass die Zusammenarbeit sehr differenziert ist. Hier gebe es Entwicklungsbedarf an einigen Schulstandorten.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich, ob die durch das Programm mögliche Ausstattung mit Sachmitteln ausreichend sei.

Frau Arndt, Villa Jühling, erklärte, dass Sachmittel zur Verfügung stehen und flexibler als in der Vergangenheit eingesetzt werden können.

Herr Deckert, Fachbereich Bildung, Teamleiter Jugendpflege/Jugendförderung, erklärte, dass nach der Fördermittelrichtlinie-Richtlinie gehandelt wird. Es gebe eine einheitliche Lösung, aber keine luxuriöse Ausstattung. Dies sei nicht möglich.

zu 7.2 Information zur Gemeinschaftsschule Kastanienallee

Über diese Information wurde im Anschluss an den TOP 4.2 diskutiert.

zu 7.3 Information zur Eröffnung der GS Glaucha

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Info zum Schülerticket 2013/14

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich nach dem Sachstand zur Schulmedienstelle. Von Lehrern habe er gehört, dass das bisherige Angebot vermisst werde. Er fragte, ob es möglich sei, die vorhandenen Bestände über die Stadtbibliothek den Schulen zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, erklärte, dass durch den Wegfall von Lehrerabordnungsstunden zur personellen Absicherung der Medienstelle, die Verwaltung Überlegungen zur weiteren Bereitstellung elektronischer Medien für den Unterricht anstellen musste. Nach Prüfung mehrerer Möglichkeiten, auch unter Einbeziehung der Stadtbibliothek, die diesen Service räumlich und personell nicht übernehmen konnte, wurde eine Umstellung auf ein elektronisches Entleihsystem

vorgenommen. Partner hierbei ist das LISA. Die Stadt erwirbt künftig Medienlizenzen die emuTube den Lehrern zur Nutzung bereitgestellt werden. Hiermit ist auch für Lehrer ein Lernprozess eines anderen Zuganges an elektronische Unterrichtsmedien verbunden. Unterstützung hierbei gibt der medienpädagogische Berater, den das Land eingesetzt habe. Der Fachbereich Bildung hat über diese Umstellung die Schulen schriftlich informiert und steht ebenfalls in der Übergangszeit beratend zur Verfügung. Bei vielen Medien der bisherigen Medienstelle sind Lizenzen abgelaufen. Diese können nicht ohne weiteres ausgeliehen werden. Für die Abgabe noch nutzbarer Medien ist im April eine Lehrmittelbörse in Vorbereitung. Für diese neue Form der Bereitstellung elektronischer Medien stehe wie in den Vorjahren ein Haushaltsansatz zur Verfügung.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wies auf die Internetverbindungen der Schulen hin, viele haben langsame Verbindungen.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM erklärte, dass die Schulen keine Internetverbindungen brauchen, sondern vom LISA eine externe Festplatte bereitgestellt bekommen und diese dort bespielt werde. Jeder Lehrer kann diese nutzen, unabhängig von der Internetverbindung der Schule.

Herr Kneissl, SKE, bestätigte, dass die Schulen über die Änderungen der Bereitstellung von Medien informiert wurden. Er bedauerte, dass die bisher mögliche Ausleihe von Geräten (Beamer etc.) so nicht mehr möglich sei. Dies sollte durch eine Verbesserung der Schulausstattung kompensiert werden. Er bat ferner darum, möglichst bald belastbare Zahlen für die Schüler ab Klasse 5 mitzuteilen.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, antwortete, dass gemäß Terminplan des Kultusministeriums bis 24.04.2013 die Zuordnung der Schüler abgeschlossen sein soll. Die Schulen werden dann zeitnah informiert.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte nach der Formulierung zum TOP 7.4 nach der die Verwaltung bestrebt sei, die Aufwandssteigerung für die Schülerbeförderung im Haushalt abzudecken. Woher kommen die 43.000 €?

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, erklärte, dass die Verwaltung derzeit davon ausgehe, im Rahmen des Gesamtansatzes für die Schülerbeförderung diese Aufwandssteigerung aufzufangen. Die genaue Schülerzahl im Bereich der Schülerzeitkarte ab September 2013 ist derzeit noch nicht bekannt. Sofern im Haushaltsvollzug keine Deckung im Produkt Schülerbeförderung möglich ist, müsse ein Antrag auf außerplanmäßige Mittel gestellt werden.

Herr Senger, SKE, fragte wer der Eigentümer der Berufsschule in der Delitzscher Straße sei.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, antwortete, dass die Schule dem Saalekreis gehört.

Herr Schachtschneider, Ausschusssitzender, bestätigte dies.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion fragte, wie die Verwaltung eine Beschulung alle Schüler in der südlichen Innenstadt sicherstellen will und vor allem wo, wenn die Glauchaschule erst frühestens 2015/16 eröffnet wird?

Frau Brederlow, amt. Leiterin des Fachbereichs Bildung, erläuterte, dass bei einer Schulsanierung über STARK III erst mit einer Eröffnung 2017/18 zu rechnen sei, da der früheste Baubeginn 2015 wäre. Deshalb prüfe die Verwaltung derzeit Alternativen für eine Finanzierung über Eigenmittel. In diesem Falle ist eine Eröffnung zum Schuljahr 2015/16

denkbar. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung werden die Schülerzahlen der betroffenen Schulen sorgfältig beobachtet. Im nächsten Bildungsausschuss kann der derzeitige Stand mitgeteilt werden. Die Verwaltung ist sich der angespannten Situation an den betroffenen Grundschulen bewusst.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ebenfalls nach den prognostizierten Schülerzahlen der Grundschulen in der südlichen Innenstadt. Die Verwaltung sollte gemäß des Beschlusses des Stadtrates vom Februar zeitnah ein Konzept zur Eröffnung der Grundschule Glaucha erstellen. Warum geht die Verwaltung davon aus, dass eine Sanierung des Schulgebäudes als Voraussetzung für ihre Eröffnung notwendig sei? Warum ist eine schrittweise Durchführung der Baumaßnahmen in Bauabschnitten nicht möglich? Die Information der Verwaltung gehe davon aus, dass eine Interimslösung Kosten verursache. Dies sei auch vorab nicht bezweifelt worden. Wann könne mit einem Konzept gemäß Beschluss gerechnet werden.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebs Zentrales Gebäudemanagement, entgegnete, dass ursprünglich von der Möglichkeit einer Beschulung von 2 bis 3 Klassen im Erdgeschoss der Schule und einem nachfolgenden Bau in den oberen Etagen ausgegangen wurde. Im Erdgeschoss sind keine geeigneten Bedingungen für nunmehr 3 bis 4 Klassen und den Hort zu schaffen. Für diese Baumaßnahme ist eine Baugenehmigung erforderlich, die sich auf das ganze Gebäude bezieht. Es ist die Barrierefreiheit herzustellen. Das Gebäude muss vertikal und horizontal baulich bearbeitet werden, dabei sind die gesamte Elektrik, die Sanitäreanlagen, Fußböden unter Beachtung von statischen Gegebenheiten in die Baumaßnahme aufzunehmen. Die Verwaltung kann keine Baumaßnahme in Bauabschnitten bei gleichzeitigem Unterricht in Teilen der Schule verantworten. Während des Baus ist zwingend von einer vollständigen Baufreiheit auszugehen. Ein beginnender Unterricht dieser Schule wäre nur an Interimsstandorten möglich, die derzeit in diesem Stadtteil nicht vorhanden sind. Derzeit werde von einem Aufwand von mindestens 3 Mio. € ausgegangen. Eine belastbare Zahl stehe erst nach Abschluss der Planung zur Verfügung. Er unterstrich nochmals, dass im Interesse der Schüler eine Teilnutzung und ein gleichzeitiger Bau abzulehnen sei.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte mit Bezug auf den Bescheid des Landesschulamtes, ob die dort benannten Bedingungen für die Eröffnung nicht doch hergestellt werden können.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebs Zentrales Gebäudemanagement, antwortete, dass dies nicht machbar sei. Die Schule wurde seit längerer Zeit nicht als Schule genutzt, sodass eine grundsätzlich neue Baugenehmigung zu beantragen ist.

Frau Raab, FDP-Fraktion, merkte an, dass die Idee, die Glauchaschule zu eröffnen, ein Vorschlag der Verwaltung war, die der Stadtrat in seinem Beschluss aufgegriffen habe. Insofern sei es ihr unverständlich wieso dieses Vorhaben nun derartige Schwierigkeiten in der Umsetzung mit sich bringe.

Herr Kuhn, SKE, fragte, ob die Mehrkosten für die Schülerzeitkarte auch die Bezuschussung für die Schüler ab Klasse 11 betreffe.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, antwortete, dass die Schülerzeitkarte lediglich an die Schüler der Klassen 1 bis 10 ausgereicht werde. Ab Klasse 11 ist ein normales ÖPNV-Ticket zu erwerben und abzurechnen. Diese Kosten sind direkt beim Land abrechenbar. Die Mitteilung der Verwaltung zu TOP 7.4 bezieht sich nicht auf diese Fallgruppe der Schülerbeförderung.

Herr Kuhn, SKE, fragte nach der Beantwortung der Anfrage zur Durchführung des Sportunterrichts. Was bedeute bei den Kosten pro Unterrichtsstunde der Wert 0,75 %?

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, antwortete, dass nicht eine Zeitstunde bezahlt wird, sondern nur 45 Minuten, also 75 % einer Zeitstunde. Sie bat den Schreibfehler zu entschuldigen.

Herr Senger, SKE, fragte, ob der Sportplatz der Grundschule „Hans Christian Andersen“ wirklich zu Gunsten des Baus für die freiwillige Feuerwehr wegfallen soll.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erklärte, dass seine Fraktion bei der Schulleitung nachgefragt habe. Diese bestätigte, dass es Absprachen zwischen den Fachbereichen Bildung und Sicherheit und der Schule gab. Die Schule habe ihre Zustimmung gegeben, diese Fläche für die Feuerwehr zu nutzen, da diese Fläche nicht für den Sportunterricht genutzt wird.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach einer Anfrage von **Herrn Feigl** bezüglich eines Schreibens des Elisabethgymnasiums ans Kultusministerium.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, antwortete, dass das Schreiben des Elisabethgymnasiums zu einer Veränderung des Finanzierungssystems der Schülerbeförderung zum Erreichen eines gerechteren Tarifsystems für die Schülerbeförderung im September 2012 in der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung aufgegriffen und diskutiert wurde. Im Ergebnis wurde die Stadtverwaltung mehrheitlich beauftragt sich in Umsetzung der Intension des Schreibens der Schüler des Elisabethgymnasium und des dazu vorgelegten Vorschlages des MDV an das Kultusministerium zu wenden und eine Änderung des § 71 des Schulgesetzes anzuregen. Dieses Schreiben der Verwaltung vom 28.11.2012 wurde bisher vom Kultusministerium noch nicht beantwortet. Die Verwaltung hat eine erneute Nachfrage in Vorbereitung.

zu 9 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen schloss **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.06.13

Wolfram Neumann
Beigeordneter

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Dr. Christine Radig
Protokollführerin

Anlage zum Protokoll: ESF Programm „Schulerfolg Sichern!“ – Villa Jühling